



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/172

27. Juli 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Portschreitende Selbstaflösung der KP	S.1
Korea - einen Monat später (Bericht aus Washington)	S.3
Bayerisches Flüchtlings-Durcheinander	S.5
Patentschutz im Ausland	S.6

### Fortschreitende Selbstaflösung der KP

K.H. Delegierte des neuerbauten Stahlwerkes Brandenburg überbrachten dem Parteitag der SED eine Probe des ersten Stahlabstiches. Bauern aus Mecklenburg überreichten das erste Brot aus neuer Ernte. Die westdeutsche KP bot Hermann Nuding, den bisherigen Leiter der Gewerkschafts-Abteilung beim Parteivorstand der KP, als Sündenbock-Opfergabe. In seiner vielstündigen Rede, deren zäher Wortfluss volle sieben Seiten Großformat im "Neuen Deutschland" füllt, übte Wilhelm Pieck vernichtende Kritik am westdeutschen KP-Parteivorstand. Aber der hauptverantwortliche KP-Chef Reimann redete sich anschliessend so in Begeisterung, dass der Parteitag seine selbstkritischen Anklagen wiederholt mit stürmischen Ovationen beantwortete. Damit hat Reimann anscheinend seine Position noch einmal retten können. Er opferte statt dessen seinen Freund Nuding.

Nach den Ausführungen Reimanns konnte die westdeutsche KP das Vertrauen der Massen nicht erringen, weil in den Gewerkschaften nicht zielbewusst für die Verteidigung des Friedens gearbeitet wurde. Obwohl bekannt ist, dass in der kollektiven Parteiführung der westdeutschen KP kein Sperling den Mund aufmachen darf, ehe er nicht den Segen Reimanns hat, ist nunmehr Nuding allein an dem ganzen Mißerfolg der KP schuld. Nuding soll bezweifelt haben, dass man die Losungen der Nationalen Front erfolgreich in den Gewerkschaften vortragen könne, er habe den Streikwiller der westdeutschen Arbeiter unterschätzt und schliesslich wirft man ihm an

21. Juli 1950 vor, dass er am 5. März 1949 auf einer KP-Konferenz zu Solingen einer Grußadresse der SED die Zustimmung versagte. Ausserdem wurde ihm von Pieck vor versammelter Mannschaft schwer angekreidet, dass er die Erfolge der Ostzonenpolitik unterschätzt habe.

Verschiedentlich wurde die Frage aufgeworfen, wie denn eigentlich das Organisationsstatut der westdeutschen KP beschaffen sei, das erlaubt, dass so prominente Mitglieder des Parteivorstandes wie Kurt Müller, Hugo Paul und nunmehr Hermann Nuding kurzerhand aus diesem Gremium herausgeworfen werden, ohne dass die Mitgliedschaft um ihre Meinung befragt wurde. Wenn man dieser Frage nachgeht, dann stellt sich zur Überraschung heraus, dass es überhaupt keinen ordnungsmässig gewählten Parteivorstand der westdeutschen KP gibt und dass dieser deshalb die tollste Willkürherrschaft treiben kann, weil es von 1945 bis 1950 noch nie einen Parteitag der westdeutschen KP gegeben hat und daher auch kein von den Mitgliedern gebilligtes Parteistatut existiert.

Am 27. April 1948 tagte in Herne eine Konferenz der westdeutschen KP, deren Delegierte von den Sekretariaten der Landesvorstände bestimmt wurden. Auf dieser Konferenz wurde auf Geheiß der SED ein vorläufiger Parteivorstand für die westdeutsche KP gebildet, der den Auftrag mitbekam, für baldige Einberufung eines westdeutschen KP-Parteitages zu sorgen. Bis heute hat dieser Parteitag nicht stattgefunden. Auf dieser Konferenz in Herne ging nicht alles glatt ab. Hermann Nuding war der Sprecher einer starken Minderheit, die der Konferenz das Recht abstritt, über die Umänderung des Parteinamens in SVD - Sozialistische Volkspartei Deutschlands - zu beschliessen. In Herne wurde die Politik der Nationalen Front aus der Taufe gehoben, deren Misserfolg heute so klar auf der Hand liegt. In Herne aber wurde auch jener Hermann Nuding in den westdeutschen Parteivorstand der KP gewählt, dessen Legitimität gerade er in heftigen Worten zuvor bestritten hatte. Inzwischen ist er in hohem Bogen hinausgeflogen und er ist sicher nicht der Letzte, dem dies geschehen ist.

---

Korea - einen Monat später

H.St. Washington, Ende Juli

Vier Wochen nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea lassen sich viele Zusammenhänge und Folgen dieses neuesten Krisenherdes der Erde sehr viel besser übersehen als an ihrem Beginn. Rein militärisch kann man sich kurz fassen: die nord-koreanischen Truppen, mit russischen schweren Waffen ausgerüstet, von Freiwilligen aus dem chinesischen Bürgerkrieg verstärkt, von russischen Instruktionsoffizieren unterstützt, ausgestattet mit dem Vorteil des unerwarteten Angreifens, haben sich sehr viel besser geschlagen, als zu vermuten war. Die südkoreanische Armee dagegen, von einer unpopulären und untüchtigen Regierung organisiert und von den Amerikanern völlig ungenügend ausgerüstet, ist unter den Hammerschlägen der ersten Gefechte sogleich auseinandergefallen. Vor allem aber hat der Konflikt deutlich Schwächen des gegenwärtigen Verteidigungssystems der USA enthüllt (womit die russisch-kommunistische Propagandawalze, die stets von dem angriffslustigen und kriegsbereiten Amerika spricht, eindeutig widerlegt wird.) Man hofft, dass diese Schwäche am Beginn sehr bald überwunden sein wird. Auf der anderen Seite aber hat Trumans Beschluss, sofort Korea zu Hilfe zu eilen, der UNO neuen Auftrieb gegeben und aus der Idee der kollektiven Sicherheit und Abwehr von Aggressionen eine echte politische Kraft gemacht, mit der künftige Angreifer, insbesondere wenn sie vom Kreml inspiriert oder abhängig sind, zu rechnen haben werden.

Die koreanische Krise hat aber auch auf die Haltung der Vereinigten Staaten selbst einen guten Einfluss ausgeübt. Nicht nur die innenpolitischen Folgen, die Geschlossenheit der "nationalen Front", die sich sogleich hinter Präsident Truman gebildet hat, sind bemerkenswert, sondern auch die Entdeckung von der totalen Schwäche und Vernachlässigung der Landesverteidigung in den letzten Jahren. Über Experimente mit neuen und verbesserten Waffen, die noch längst nicht zur Massenproduktion reif sind, ist man seit dem Beginn des "Kalten Krieges" nicht herausgekommen. Die Entrüstung der Öffentlichkeit über diesen Zustand ist heilsam, und man bemüht sich jetzt mit Siebenmeilen-Stiefeln, verspätet zwar und mit vermehrten Kosten, das Versäumte nachzuholen. Noch ist der riesige amerikanische Industriemassstab nicht auf "Krieg", d.h. auf höchsten Vollaufmarsch gesetzt, aber gesetzliche Rahmenvorschriften und sogar die außerordentlichen Budgetbewilligungen liegen bereits vor.

Viel schwieriger ist es, die politischen Folgen der Korea-Krise zu bestimmen. Tatsache ist, dass die diplomatische Aktivität, die diesen

Krieg in Washington wie in Lake Success begleitet, höchst bemerkenswert ist. "Niemals haben in einem Krieg die Diplomaten eine so viel grössere Rolle gespielt als die Militärs", schrieb kürzlich die "New York Times". Es ist richtig, dass sich Staatssekretär Acheson immer mehr als die Seele des Widerstandes gegen die Aggression der Nord-Koreaner herausstellt: ihm gebührt anscheinend das Hauptverdienst für die sofortige Mobilmachung der UNO, für das bewaffnete Eingreifen sowie für die erzwungene Neutralisierung Formosas und der dort sitzenden Regierung Tschiang-Kai-Scheks, womit eine Lokalisierung des Krieges auf Korea und gleichzeitig das Beiseitestehen von Rot-China erzwungen und erreicht wurde. Auch die symbolische Tatsache, dass zum ersten Male über den Hauptquartieren und den Schiffen der vereinigten Streitkräfte die blaue UNO-Flagge weht, sollte als moralische Stärkung des Gedankens der internationalen Solidarität nicht übersehen werden.

Dagegen ist unbestritten, dass das schwache Echo, das Trygve Lie' Appell auf Entsendung von Bodentruppen zur Unterstützung MacArthurs gefunden hat, in Amerika enttäuscht hat; das Gefühl kommt auf, dass die amerikanischen Soldaten die Kastanien für Nationen aus dem Feuer holen müssen, die selber sich auf leere Zustimmungserklärungen beschränken. Die Regierung selber verleiht solchen Gedanken freilich keinen Ausdruck. Auch Achesons Weigerung, sich auf eine Friedensvermittlung in Korea einzulassen, auf der Basis, wie sie von Stalin vorgeschlagen wurde, nämlich Zulassung Rot-Chinas in die UNO als "Austauschobjekt" für die Waffenruhe in Korea, kann kaum als diplomatischer Erfolg Moskaus ausgelegt werden.

Indiens Ministerpräsident Nehru freilich, der führende Staatsmann Asiens, versucht immer noch, eine Friedensvermittlung zustande zu bringen. Aber man darf nicht vergessen, dass sich noch vor kurzem Nehru als "neutral" im Konflikt zwischen Ost und West erklärt hatte, während er heute immerhin der UNO-Resolution, die den Angriff Nord-Korea festgestellt und die Kollektivaktion ins Rollen gebracht hat, seine Zustimmung gegeben hat. Das ist gewiss nicht gleichgültig. Schliesslich gehört der Beschluss der europäischen Partner des Atlantikpaktes, ihr eigenes Defensivsystem zusammen mit dem amerikanischen auszubauen und den augenblicklichen weltpolitischen Spannungen anzupassen, in die Reihe der Kettenreaktionen, die der Angriff auf Südkorea ausgelöst hat.

Bayerisches Flüchtlings-Durcheinander

M.B. München, 27. Juli

Die Situation unter den Flüchtlingsgruppen in Bayern hat sich in den letzten Tagen erheblich weiter verwirrt. Am vergangenen Sonntag löste sich der "Block der Heimatvertriebenen", der bisher die grösste Chance hatte, die meisten Flüchtlingsstimmen in Bayern zu gewinnen, von seinem bisherigen Vorsitzenden, dem Bundestagsabgeordneten Günther Goetzendorff. Dieser gründete daraufhin den "Block der Heimatvertriebenen Richtung Goetzendorff", während die ursprüngliche Versammlung ein neues dreiköpfiges Direktorium bildete, dem Dr. Simmel, Dr. Keller und Frau Dr. Margarete Stizel angehören. Wenn auch der Einfluss Goetzendorffs unter den Flüchtlingen erheblich gesunken ist, so hat er doch noch zahlreiche Anhänger. Er will nun Verhandlungen mit August Haussleiter und der "Deutschen Gemeinschaft" aufnehmen.

Unmittelbar nach dem Erfolg des BHE in Schleswig-Holstein, hatte sich in München eine Gruppe unter dem gleichen Namen gebildet. Der Vorsitzende des BHE in Schleswig-Holstein, Kraft, hat sich jedoch gegen den Vorsitzenden dieser neuen Gruppe, Heinz Huber, gewandt und erklärt, dass er mit anderen Flüchtlingsvertretern über die Gründung des BHE in Bayern verhandele. Gleichzeitig führen August Haussleiter für die "Deutsche Gemeinschaft" und Alfred Loritz für die WAV zahlreiche Besprechungen mit Flüchtlingsvertretern, um möglichst viele Flüchtlingsstimmen unter ihren Parteiparolen zu sammeln. Es hat den Anschein, als ob die Flüchtlinge mehr und mehr von Loritz abrücken und stärker geneigt sind, den nationalistischen Tönen Haussleiters zu folgen. Darüber hinaus besteht in Bayern auch noch eine "Partei der Kriegsgeschädigten", die sich dem BHE anschliessen will. Es ist interessant, dass der 2. Vorsitzende dieser Partei, Wilhelm Urner, der "Vaterländischen Union" vorgeschlagen hat, sich ebenfalls dem BHE anzuschliessen mit dem Bemerkung, dass eine Partei mit Zielen, wie sie die "Vaterländische Union" vertrete, in der heutigen Demokratie "noch nicht am Platze" sei. Auch mit dieser "Partei der Kriegsgeschädigten" führt Haussleiter schon seit langem Fusionsbesprechungen.

Noch hat es den Anschein, dass bei den kommenden Landtagswahlen in Bayern die Flüchtlinge in so viele Gruppen aufgeteilt sein werden, dass sie politisch unwirksam bleiben müssen. Diese Gefahr ist von einschichtigen Flüchtlingsvertretern auch erkannt worden, genauso wie die Tatsache, dass die Flüchtlinge auf dem besten Wege sind, ins nationalistische Fahrwasser einzumünden. Es sind darum Bestrebungen im Gange, auf

einer ganz neuen Basis doch noch eine Zusammenfassung der Flüchtlinge in einer gemeinsamen "Flüchtlingspartei" zu erreichen, Besprechungen, die sich noch lange hinziehen dürften. Die Ansichten, zu einer Einigung zu kommen, werden im allgemeinen aber nicht gut beurteilt.

Kürzlich wurde berichtet, die Interationale Anwalt-vereinigung habe auf einer Londoner Tagung einen Antrag abgelehnt, den deutschen Patentinhabern ihre Rechte zurückzugeben. Auf unsere Bitte hat sich zur Frage des deutschen Patentschutzes im Ausland ein Jurist geäußert. (D.Red.)

#### Patentschutz im Ausland

Ein deutsches Patent wirkt grundsätzlich nur innerhalb Deutschlands und genießt nur dort den Schutz gegen Verletzungen. Das ergibt sich schon aus dem Namen "Deutsches Patent". Der Patentinhaber kann sich also nur gegen das im Bereiche seines Schutzrechtes, d.h. innerhalb Deutschlands, vorkommende Inverkehrbringen zur Wehr setzen.

Ein auch im Auslande wirkender Schutz bestand nur im Rahmen der mehrfach - zuletzt 1934 in London - revidierten Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz gewerblichen Eigentums. Danach sollte der Angehörige eines jeden Verbandslandes in allen anderen Verbandsländern in Bezug auf gewerbliches Eigentum die gleichen Vorteile haben, wie sie jeder Staat seinen eigenen Angehörigen gewährt. Voraussetzung für den Schutz eines deutschen Patentes im Ausland war dessen Anmeldung im Ausland. Hierbei wurde dem Anmelder, wenn er in einem Staate schon ein Patent für die betreffende Erfindung besaß, das Vorrecht gewährt, wenn die Anmeldung im Ausland binnen zwölf Monaten nach der ersten Anmeldung erfolgte. So war jeder deutsche Erfinder auch im Ausland geschützt, wenn er dort sein Patent angemeldet hatte.

Dieser Rechtszustand hat sich nach dem Zusammenbruch geändert. Denn durch die Kontrollratsproklamation Nr.2 vom 20. September 1945 ist bestimmt, dass die alliierten Vertreter erst Anweisungen geben werden, "in Bezug auf die Auflösung, Wiederaufnahme oder Anwendung aller von Deutschland eingegangenen internationalen Vereinbarungen und Verträge". Solche Anweisungen fehlen bisher noch, und so gilt die Proklamation Nr.2. Sie ist zwar an sich unklar. Es wird jedoch allgemein angenommen, dass alle zweiseitigen oder Gesamtverträge Deutschlands mit Neutralen gültig geblieben sind, dass dagegen solche Verträge im Verhältnis von Deutschland zu den ehemaligen Feindstaaten einstweilen noch ausser Kraft gesetzt sind.

Das bedeutet also, dass ein deutscher Erfinder heute nur im neutralen Ausland Schutz genießt, falls er dort sein Patent entsprechend der Pariser Übereinkunft angemeldet hatte. Dagegen besteht für deutsche Erfinder vorläufig kein Patentschutz in den ehemaligen Feindstaaten, bis von den Alliierten Anweisungen erteilt sind, dass die früheren Staatsverträge mit Deutschland wieder in Kraft treten.